



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/68 - 22. März 1968

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0888890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Zwischenbilanz einer "Kleinen Weltreise"</u> Adenauers Aufenthalt in den USA Von unserem Korrespondenten in New York	56
2	<u>Athen und Bonn auf gleichem Kurs</u> Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg Von Dr. Basil Kathiopoulos	50
3	<u>Unfallversicherungsreform vereist</u> Unfallrentner stehen im Schatten des Wirtschaftswunders	51
4	<u>Genf als Vorspiel</u> Synchronisierung auf die Gipfelkonferenz und die Rolle der Bundesregierung	23
4	<u>Die Saat geht auf</u> Zu den Unruhen in Südafrika	25

Anhang:

1 - 4	<u>Das Wirtschaftsprogramm der SPD</u>	211
-------	--	-----

Die "Werkhefte katholischer Laien" setzten in ihrer letzten Ausgabe die Analyse des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms von Bad Godesberg fort. Wir veröffentlichen nachstehend eine beachtliche Stellungnahme zum Wirtschaftsprogramm der SPD.

## Zwischenbilanz einer "Kleinen Weltreise"

Von unserem Korrespondenten in New York

Wenn die Eindrücke, die Dr. Adenauer gegen Ende seines Aufenthaltes in den USA amerikanischen Journalisten mitteilte, wirklich seinen tiefsten Gedanken entsprechen, dann muß der Kanzler auch diesmal wieder einen "großen Erfolg" gehabt haben. In Wirklichkeit ist die Bilanz etwas zweideutig. Die amerikanischen Zeitungen, oder wenigstens viele von ihnen, haben in der Tat auch ausgesprochen, daß der Präsident der USA nicht die festgebundene Marschroute für die Gipfelkonferenz akzeptiert hat, die ihm Adenauer auf den Weg zu geben geschafft hatte.

Bei seiner Ankunft hatte der Bundeskanzler erklärt, er wolle vor allem herausfinden, was die amerikanische Berlin-Politik heute sei, - und offiziell war bekannt, daß er notfalls die Amerikaner durch Überredungen und Beschwörungen von einer "weichen" zu einer "harten" Berlinposition bringen wollte. Präsident Eisenhower und Staatssekretär Herter wissen zwar sehr wohl, was sie nicht wollen, - aber sie sagten nicht, welches ihre Marschroute und ihre Technik sein wird, wenn sie Chruschtschow im Mai am grünen Tisch gegenüber sitzen. Was der Kanzler erreicht hat, war eine klare und eindeutige Bestätigung dessen, was die Amerikaner nicht wollen: Eisenhower hat erst seinen deutschen Gesprächspartnern und dann öffentlich auf der Pressekonferenz am nächsten Tage versichert, daß Amerika keine einseitigen Konzessionen anzubieten gedenke, daß es keinen Gewaltakt und kein "Fait Accompli" der anderen Seite schlucken werde, und daß es nicht die juristische Grundlage des heutigen Berlinstatuts aufgeben werde.

Aber alle weiter reichenden Hoffnungen Adenauers blieben unerfüllt. Die amerikanische Regierung hat sich ausdrücklich und nachdrücklich völlig freie Hand vorbehalten. Anfangs hatte der Kanzler überhaupt verhindern wollen, daß auf dem Gipfel über Berlin gesprochen wird - aber er mußte sich von den Amerikanern sagen lassen, daß sie sich im Camp David dazu verpflichtet hatten und jedenfalls ihr Wort nicht brechen würden. Der Kanzler hatte ferner gewünscht, daß, wenn überhaupt, die Berliner Frage nur im Rahmen der deutschen Gesamtfrage angepackt werden würde, aber er mußte sich sagen lassen, daß es aussichtslos sei, diese Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt durchzuboxen. Er hatte anfangs darauf bestanden, daß man keinerlei "Abkommen" über Berlin schließen solle, weil jede vertragliche Regelung nach seiner Auffassung eine Verschlechterung bringen müsse, - aber die Amerikaner hatten ihm kühl entgegnet, daß ein Abkommen, das gegenseitige Konzessionen (im Unterschied zu einseitigen Konzessionen des Westens) enthalte, wohl durchaus prüfungswert erscheinen könne. Als der Kanzler endlich seine spontane, mit niemandem vorher abgesprochene Idee einer Volksbefragung vorbrachte, da sagte das Staatsdepartement höflich, daß es eine gute Idee sei, aber daß es wohl sehr lange Zeit nehmen werde, sie zu prüfen, - und eine führende amerikanische Zeitung gar lehnte diesen ganzen Plan rundweg und ohne zu zögern als "taktlos" ab. Die Liste der Hoffnungen und Wünsche der Bundesregierung ist also nur zu einem sehr bescheidenen Teil erfüllt worden; der Rest blieb offen.

Natürlich muß man dann hinzufügen, daß der Kanzler dafür etwas anderes erreicht hat, beinahe nebenbei. Sein Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion war ein Schritt vorwärts, politisch wie psychologisch, - wenn auch die seltsame Geheimnistuerei, mit der die Bonner Amtsstellen vorher die Absicht der Begegnung umhüllt hatten, die politische Wirkung ein wenig beeinträchtigte. Aber dieser Erfolg war ja nicht zentrales Ziel der Amerikareise, - und das Kernstück des diesjährigen Amerikaaufenthaltes des Bundeskanzlers hat eben doch bestätigt, daß sich die Bundesregierung in den letzten Monaten diplomatisch von Amerika fortbewegt hat. + + +

## Athen und Bonn auf gleichem Kurs

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die Bundesrepublik Deutschland und Griechenland haben am Wochenende zwei wichtige Abkommen abgeschlossen, die zugleich eine alte traurige Episode in der Geschichte beider Völker abschließen und eine neue, lichtvollere eröffnen.

Mit dem Niedergutmachungsabkommen, das durch Staatssekretär van Scherpenberg und den griechischen Botschafter in Bonn, Ypsilantis, unterzeichnet wurde, ist ein Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg und seine furchtbaren Folgen gezogen worden. Die Bundesrepublik erklärt sich in dem Abkommen bereit, zur Wiedergutmachung der von den Nazis in Griechenland während der Besetzungszeit angerichteten Schäden an Personen und Sachen 115 Millionen DM zu zahlen, die vorwiegend den Geschädigten selbst zugutekommen sollen. Griechenland seinerseits identifiziert die Bundesrepublik längst nicht mehr mit jenem Deutschen Reich, unter dem sich in Griechenland ein namenloses Elend ausbreitete. Dieses längst fällige Wiedergutmachungsabkommen bedeutet eine wirkliche Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern.

Zur Erweiterung der Wirtschaftskontakte zwischen Bonn und Athen wurde gleichzeitig ein Niederlassungs- und Schiffahrtsabkommen unterzeichnet. Beide Verträge bedürfen noch der Ratifizierung durch die Parlamente in Bonn und Athen. Das Niederlassungsabkommen soll die freie Einreise in beide Länder sowie den Schutz der persönlichen Freiheit und Sicherheit für Staatsangehörige beider Nationen während des Aufenthalts im Partnerland garantieren. Darüberhinaus wird das Eigentum, das Gewerbe und die Stellung der juristischen Person geschützt. Nach Inkrafttreten des Schiffahrtsabkommens wird der Handelsmarine in beiden Ländern das gleiche Recht zugesichert, das auch die eigene Handelsmarine genießt.

Das Niederlassungsabkommen verwirklicht praktisch erst die bilateralen Verträge aus dem November 1958 zwischen Deutschland und Griechenland. Der deutschen Industrie wird nunmehr Gelegenheit geboten, sich am Fünfjahresplan der griechischen Regierung zur Industrialisierung des Landes zu beteiligen, nach dem 1 300 kleinere und große Produktionswerke sowie Entwässerungs- und Infrastrukturwerke errichtet werden sollen. Mit Hilfe deutscher Kredite wurden bereits seit 1953 wesentliche Fortschritte bei der Industrialisierung gemacht. Im Nordgriechenland, bei Ptolemais, entstand ein großes Projekt zur Förderung von Braunkohle, in der Nähe von Athen eine Erdölraffinerie, außerdem eine Stickstoff-Fabrik und eine Reihe von Kraftwerken. Weitere Pläne sehen unter Zuhilfenahme der jüngsten deutschen Kredite, die auf Grund des Niederlassungsabkommens nunmehr frei werden dürften (200 Millionen DM Staatsanleihe und 400 Millionen DM Privatkredite), den Aufbau einer Zucker- und Soda-Industrie und eines Riesenkraftwerkes mit einer Kapazität von 180 000 KW am Archeolos-Fluß vor. Zudem soll eine Aluminium-Industrie zur Auswertung der reichen Bauxitvorkommen in Griechenland erbaut werden. Auch die finanzielle und soziale Stellung des technischen und wissenschaftlichen Personals aus dem Ausland wird garantiert. Als Zusatzabkommen ist die Vermeidung einer Doppelbesteuerung ausländischer Arbeitskräfte vorgesehen.

Durch die Gesamtheit aller dieser bilateralen Abkommen soll der deutschen Industrie die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv und intensiver als bisher am Aufbau der griechischen Industrie und Wirtschaft zu beteiligen.

### Unfallversicherungsreform vereist

A.H. - Dem Bundestag liegt seit langer Zeit ein von der Bundesregierung eingebrachter Entwurf eines Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vor. Der zuständige Sozialpolitische Ausschuss hat seine weitere Behandlung zurückgestellt; die Reform der Krankenversicherung erhielt dafür grünes Licht.

Der Entwurf des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes ist ein weiteres Prachtexemplar des neuen Stils aus dem Hause Blank. Der Entwurf berücksichtigt weitgehend Unternehmerforderungen; für die schaffende Bevölkerung ergibt sich daraus die ernste Gefahr, daß der seit Jahrzehnten bewährte Schutz bei Arbeits- und Wegeunfällen abgebaut wird. So sollen Unfälle erst dann entschädigt werden, wenn der Arbeitnehmer ein Viertel seiner vollen Erwerbsfähigkeit verloren hat. Rentner mit einer Erwerbseinkürzung unter 50 Prozent können sogar mit dem 5-fachen Jahresbetrag der Rente ein für alle mal zwangsweise abgefunden werden. Mit der Freiheit ist es anscheinend nicht weit her in dieser "sozialpolitischen Stillübung" der Bundesregierung. Die Beseitigung der freien Entscheidung der Verletzten wird von vielen Unternehmern nachhaltigst begrüßt, weil sie damit von ihrer sozialen Verpflichtung gegenüber dem Menschen im Betrieb weitgehendst frei werden.

Der Regierungs-Entwurf sieht auch einige Verbesserungen gegenüber dem heute geltenden Recht vor. So sollen die Unfallrenten in gleicher Weise wie die Renten der Rentenversicherung jährlich durch Gesetz erhöht werden.

Die gewerkschaftliche Forderung hierzu geht auf eine automatische jährliche Anpassung entsprechend der eingetretenen Änderung der Lohn- und Gehaltseinkommen. Damit könnte der Kaufkraftwert der Rente erhalten und darüber hinaus noch erhöht werden; der Geschädigte würde angemessen am Sozialprodukt, das er mit dem Opfer seiner Leistungsfähigkeit erarbeitet hat, beteiligt sein.

Die Rentenanpassung ist umso notwendiger, als seit dem 1. Januar 1957 keine Erhöhung mehr vorgenommen wurde; außerdem wurden nur Unfälle berücksichtigt, die schon vor dem Jahre 1955 eingetreten waren. Mit diesem "Gesetz zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen" aus dem Jahre 1957 scheint mehr versprochen worden zu sein als man nachher zu halten bereit war. Man geht hierbei nicht fehl, wenn man daran denkt, daß auch mit diesem "vorläufigen" Gesetz sozialpolitische Notwendigkeiten und Selbstverständlichkeiten zu "Wahlgeschenken" herabgewürdigt wurden.

Der DGB hat die Regierungspartei wiederholt aufgefordert, die Unfallrenten unverzüglich zu erhöhen. Mit der in der Bundesrepublik als Folge der liberalen Marktwirtschaft verbundenen ständigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten wurde die Kaufkraft der Unfallrenten immer geringer. Durch diese Entwicklung müssen die Unfallverletzten und Hinterbliebenen mit einer Entschädigung vorlieb nehmen, die ihnen weder eine ausreichende wirtschaftliche Sicherung noch einen gerechten Schadensersatz gewährleistet. Die Bundesregierung hätte bei der Erhöhung der Renten aus der Rentenversicherung Ende vorigen Jahres Gelegenheit gehabt, auch die überfällige Erhöhung der Unfallrenten vorzunehmen. Sie hat dies abgelehnt, obwohl sie wissen mußte, daß damit die Unfallrentner weiterhin im Schatten des Wirtschaftswunders stehen.

### Genf als Vorspiel

sp - Der auffallend sachliche Ton, mit dem Ost und West in den letzten Tagen sowohl während der Genfer Konferenz des UNO-Abrüstungsausschusses wie auch bei den Erörterungen über den Stop von Atomwafferversuchen miteinander verkehren, läßt den Schluß zu, daß beide Seiten bemüht sind, vor der Gipfelkonferenz im Mai kein Porzellan zu zerschlagen. Gelegentlich hört man sogar, daß sich die Teilnehmer beider Konferenzen darauf vorbereiten, als Experten für Permanenzverhandlungen eingesetzt zu werden, wenn auf dem ersten Gipfeltreffen die vier Staatshäupter dazu kommen sollten, Weisungen für die Behandlung bestimmter Detailfragen an besondere Kommissionen zu erteilen. Eine solche Überlegung würde den vorsichtigen Äußerungen entsprechen, die jüngst in Moskau und in Washington bekannt wurden und aus denen zu schließen ist, daß beide Seiten im Augenblick nichts tun wollen, was die Atmosphäre im Vorfeld der Gipfelkonferenz verschlechtern könnte.

Man muß sich unter diesen Umständen fragen, welche Rolle die Bundesregierung in Bonn hierbei zu spielen gedenkt. Während Adenauer in Washington und in Los Angeles noch davon gesprochen hatte, daß zwischen ihm und Chruschtschow "eine gewisse gegenseitige Hochachtung" bestehe, hat er in San Francisco den sowjetischen Ministerpräsidenten als "verschlagen" bezeichnet. Vielleicht hielt er diesen Ton an der Westküste der USA - mehr in der Nähe von Syghman Rhee - für angebracht; er entspricht aber wohl nicht der Haltung und dem Gebaren des politischen Zentrums der Vereinigten Staaten, das immer noch Washington heißt.

+ + +

### Die Saat geht auf

sp - In südafrikanischen Städten hat es blutige Zusammenstöße gegeben. Weiße Polizisten schossen auf farbige Bürger. In Sharpeville, wo es die meisten Opfer gab, glich der Anblick einem "flandrischen Schlachtfeld" -, wer als Soldat den ersten Weltkrieg erlebte, kann sich ein Bild von der Furchtbarkeit dieser Zusammenstöße machen. In den Demonstrationen der Farbigen, die mit zehn Millionen Dreiviertel der Bevölkerung stellen, spiegelte sich die Empörung über eine aller Menschenwürde hohnsprechende Behandlung. Sind die Unruhen vom letzten Sonntag Auftakt zu noch größeren und schärferen Konflikten? Es ist bezeichnend, daß der Aufruf zur Demonstration von den Führern des Panafrikanischen Kongresses ausging, einer extremistischen Organisation, die an Fanatismus den weisen Scharfmachern nicht nachsteht. Offensichtlich fließen die Sympathien der Bantus in wachsendem Umfang diesen Radikalen zu. Das war nicht immer so. Die bisher führende Bantu-Organisation, "Afrikanischer Nationalkongress", hat anscheinend an Boden verloren, da ihre Losung von der Gleichheit, Gleichwertigkeit und Zusammenarbeit der Rassen keine Resonanz angesichts der Haltung der südafrikanischen Regierung mehr findet. Wem die Hand, die nach Angleichung und Versöhnung strebt, abgeschlagen wird, greift notwendigerweise zur Gewalt. Kann sich die Union kein anderes Verhältnis zur Mehrheit ihrer Bevölkerung vorstellen, als das der Diskriminierung und blutiger Unterdrückung? Das Echo bleibt dann freilich nicht aus. Die weißen Extremisten Südafrikas beschwören, fahren sie in ihrer durch nichts zu rechtfertigenden Politik des Rassenhasses fort, eine Tragödie unübersehbaren Ausmaßes herauf. Sie spielen mit ihrem eigenen Untergang.

+ + +

### Das Wirtschaftsprogramm der SPD

Die "Werkhefte katholischer Laien" setzten in ihrer letzten Ausgabe die Analyse des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms von Bad Godesberg fort. Wir veröffentlichen nachstehend eine beachtliche Stellungnahme zum Wirtschaftsprogramm der SPD.

Der Schwerpunkt - und auch das entscheidend Neue - des neuen SPD-Programms liegt im Wirtschaftsteil. Materielle, wirtschaftliche Fragen waren ja gerade der Anlaß für die Untersuchungen eines Marx, wie für die Gründung der SPD. Wenn hier die Kinderheit provozierend äußerte, das Programm zeige den Weg von Karl Marx zu Heinrich Heine, so ist etwas Richtiges daran. Denn Heine ist es gelungen, ein Wirtschaftsprogramm durchzusetzen, das den altvertrauten Vorstellungen der meisten Funktionäre widersprach. Und so ist diesem Mann, sollte er einmal an der Stelle Erhard's stehen, zuzutrauen, das zu vollenden, woran Erhard gescheitert ist: eine freie Marktwirtschaft ohne den heutigen Machtmißbrauch des Großkapitals und anonymer Wirtschaftsmächte.

Der besondere Hinweis auf den Grundsatz der freien Marktwirtschaft wird den überraschen, der dem Parteitag nur nach Berichten bürgerlicher Zeitungen gefolgt ist, in deren angesehensten es sogar geheißen hat, die SPD beharre grundsätzlich auf einer Sozialisierung und bringe - offensichtlich nur zum Wählerfang - einen schwachen Aufguß des Erhard'schen Wirtschaftsprogramms. Wer hingegen das Programm liest, den Diskussionsreden und insbesondere den Ausführungen von Heine gefolgt ist, erkennt, daß das Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft nicht das Ergebnis opportunistischer Erwägungen, sondern wissenschaftlicher und somit im echten Sinn marxistischer Erkenntnisse ist. Eine Planwirtschaft kann bei einer hochentwickelten Volkswirtschaft auf die Dauer nicht das gleiche schaffen und nicht so rationell arbeiten wie eine Marktwirtschaft. Mit Recht führte Heine aus, daß die staatliche Bürokratie der Wirtschaft in ihrem Bereich unterlegen ist. Andererseits ist aber auch die Marktwirtschaft von heute nicht mehr die des Jahres 1900. Dies hängt weniger mit einer Betonung des "sozialen" Charakters zusammen, wie nun einmal das Aushängeschild unseres derzeitigen Wirtschaftssystems lautet, als vielmehr mit der bewußten Aktivität des Staates im wirtschaftlichen Bereich, der mit einer Fülle nicht zwangswirtschaftlicher sondern freiheitlicher Mittel, wie Steuern, Finanzen, Geld- und Kreditwesen, Zoll-, Handels-, Sozial-, Preispolitik, öffentliche Aufträge, Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik, die Wirtschaft beeinflusst. War bei diesem Punkt die Opposition der Gegner Heine's nicht sonderlich groß, so leisteten sie hartnäckigen Widerstand - bei einer Zwischenabstimmung gab es hier einmal neunzig Nein-Stimmen, das waren knapp dreißig Prozent der Delegierten - gegen die These, daß das Eigentum an Produktionsmitteln - privates oder gemeinwirtschaftliches - nicht von maßgeblicher Bedeutung sei, daß es vielmehr auf die Bändigung von wirtschaftlicher Macht ankomme. Und doch war Heine am Kern der Sache: Nicht mehr der Einfluß der großen Eigentümer - Krupp, Thyssen - ist entscheidend, sondern der der Manager, der Männer ohne (Groß-) Eigentum - Generaldirektoren, Bankleute in den Aufsichtsräten -, die somit eigentlich Arbeitnehmer der Aktionäre sind und die ihrerseits, wie es im Parteiprogramm heißt, "anonymen Mächten" dienen. Hier sei etwa auf eine Person wie Hermann Abs hingewiesen, der sicherlich die gesetzlich zulässige Höchstzahl von zwanzig Aufsichtsratssitzen erreicht hat und der dadurch - für wen? - auf einen bedeutenden Teil der Großindustrie unmittelbaren Einfluß ausübt.

Mit sympathischer Ehrlichkeit übte aber Deist auch unter kritischem Hinweis auf die verstaatlichten Industrien Englands und die gewirtschaftlichen Industrien Österreichs Kritik an der alten marxistischen Ideologie, daß Macht nur in den Händen Privater, nicht aber eines sozialistischen Staates böse sein könne. So heißt es im Parteiprogramm: "Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatshand, birgt Gefahren in sich".

Wie einerseits die SPD dem Großeigentum an Produktionsmitteln keine entscheidende Bedeutung mehr beimißt, so aber auch dem aufgesplitterten Eigentum im Wege der Volksaktie nicht. Diese Haltung ist keineswegs, wie es von bürgerlicher Seite gern gesehen wird, Auswirkung der marxistischen Veredelungstheorie, der Arbeiter dürfe nicht Eigentümer werden, um nicht den Elan im Kampfe für klassenkämpferische Ziele zu verlieren, sondern Ausdruck der nüchternen Erkenntnis, daß Volksaktien nur eine formale, nicht aber eine materiale Bedeutung zukommt, und daß es keine bessere Tarnung für das Streben der Großindustrie auf Machteinfluß bei dem bedeutenden Bundesbesitz gibt. Hier sei nur auf die Privatisierung der Preußag hingewiesen. Zwar sind die Aktien im Besitz kleiner Leute - wenn auch nicht des Arbeiters, so aber des Mittelstandes -, aber diese Leute "wählten" infolge des Depotstimmrechts der Banken die gleichen Aufsichtsräte, die die Badische Anilin oder die Deutsche Bank kontrollieren.

Natürlich darf hier nicht verschwiegen werden und ist selbstverständlich für die SPD-Wirtschaftspolitik von entscheidender Bedeutung, daß eine Überführung von Industrien in Gemeineigentum nicht abgelehnt wird. Dies mag im gleichen Maße für die marxistischen Gegner des Programms innerhalb der SPD selbst wie für die bürgerlichen Gegner außerhalb der SPD ein Hoffnungsschimmer sein. Letztere haben sich vornehmlich auf die Klausel gestützt, um damit weiterhin die SPD als "Bürgerschreck" anschwärzen zu können. Sie übersehen aber, daß es im Programm heißt: "Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig". Gemeineigentum ist somit nicht mehr Ziel der Wirtschaftspolitik der SPD, sondern ein Mittel der Wirtschaftspolitik. Hier aber zeigt sich, daß die SPD mit ihrem Programm in der wissenschaftlichen Erkenntnis ihre bürgerlichen Gegner nicht nur eingeholt, sondern bereits überholt hat. Der freie Wettbewerb setzt eine mehr oder weniger große Zahl Unternehmen voraus. In der modernen Wirtschaft hat aber ein marktbeherrschendes Unternehmen einen derartigen Vorsprung, daß es den freien Wettbewerb ausschalten kann. Dem kann nur der Staat Parole bieten, sei es durch Überführung in Gemeinwirtschaft, sei es durch andere Maßnahmen, um auf diesem Sektor der freien Wettbewerb wiederherzustellen.

An der Bändigung der Macht der Großindustrie ist die zunächst so erfolgreiche Wirtschaftspolitik der CDU gescheitert. Dies zeigen dem Einsichtigen die wirtschaftlichen Gegebenheiten, es wurde aber auch der weiteren Öffentlichkeit durch den Verlauf der Kartell- und Lebensmittel-schutzdebatten im Bundestag offenbar. Man würde allerdings die Redlichkeit und Klugheit Erhards unterschätzen, nähme man an, diese Tatsachen seien ihm nicht geläufig. Im fehlen aber die Mittel, seine Erkenntnisse zu verwirklichen. Eine Partei, die im entscheidenden Maße finanziell von der Großwirtschaft unterstützt wird, hat zwangsläufig keine Möglichkeit, sich gegen ihre Wohltäter zu wenden; eine Partei auch, deren Abgeordnete auf den Hinterbänken des Parlaments sich in großer Zahl aus Interessenvertretern aller Industriezweige zusammensetzen, kann auch keine Mehrheit erzielen, durch die sie ihr eigenes Wirtschaftskonzept verwirklichen könnte. Wie lahm sich hier die CDU verhält, zeigte der Verlauf

der Konzentrationsdebatte am 15. Oktober 1959 im Bundestag. Beantragt war sie vom Mittelstandskreis der CDU. Ihre Redner - einschließlich Erhard - trugen aber in langatmigen Reden nichtssagende Allgemeinplätze vor. Erst durch eine Rede von Deist, die mit konkreten Zahlen und Hinweisen gespickt war, wurden der Debatte Lichter aufgesetzt. Das in den letzten Wochen häufiger gehörte Wort trifft deshalb wohl etwas Richtiges, die SPD wolle nichts anderes, als die Wirtschaftspolitik Erhards dahin umkehren, daß Erhard das Wirtschaftsprogramm der SPD verwirklichen würde, wenn er die Hand frei hätte. Die SPD hat aber die Hände frei. Hier bestehen nicht die hintergründigen und zum Teil sogar vordergründigen Bindungen zur Großindustrie.

Wenn hier das Wirtschaftsprogramm ausführlich behandelt wurde, so nicht nur deshalb, weil es bei der SPD stets von hervorragender Bedeutung war und auch die Änderung in der Einstellung der SPD zu den heutigen Zeitproblemen besonders klar aufzeigt, sondern mehr noch, weil gerade hier der entscheidende Wandel in der Vorstellung von den Zielen und Aufgaben der Partei sichtbar wird. Das Wirtschaftsprogramm - wie das gesamte Programm überhaupt - ist kein Klassenprogramm mehr im Sinne Marx', aber auch kein Interessenprogramm der Arbeiter im Sinne der Revisionisten. Das Programm ist nicht mehr für den Arbeiter aufgestellt, so daß er überragender Mittelpunkt wäre und gegebenenfalls die Belange anderer Gruppen angeklebt wären. Es ist vielmehr ein Programm für jeden, der Demokratie, Freiheit und soziale Verantwortung bejaht. Damit ist andererseits keine Abkehr von der Vorsorge für den Arbeiter vollzogen. Wohl aber wird die Erkenntnis von Erfahrung und Wissenschaft bejaht, daß es dem Arbeiter als dem zahlenmäßig stärksten Volksteil nur gut gehen wird, wenn es allen gut geht; daß andererseits ein für den Arbeiter auf Kosten der Allgemeinheit herausgeschlagener Sondervorteil sich in einigen Jahren auch zum Nachteil des Arbeiters auswirken wird.

Dem liegen nicht nur neue wirtschaftliche, sondern auch neue politische Erkenntnisse zugrunde. Wie es Wehner ausdrückte, haben sich Zeit und Menschen geändert. Die SPD kann nicht mehr wie in der Weimarer Zeit darauf bauen, in nötiger Stärke bei einer Regierungsbildung einem Koalitionspartner gegenüberzustehen, wobei sie die Arbeiterbelange und jener die bürgerlichen Interessen vertritt. Beim heutigen Zug zum Zweiparteiensystem kann die SPD nur dann mit der Übernahme der Regierungsgewalt rechnen, wenn sie die absolute Mehrheit der Stimmen erhält; was aber wiederum bedeutet, daß sie sich für das Volksganze verantwortlich fühlen muß und keinen Akademiker, Bauern und auch keinen Unternehmer aus ihrem Verantwortungsbewußtsein ausschließen darf. Ich zitiere hier Wehner:

"Wir müssen vor der breiten Öffentlichkeit unter Beweis stellen, daß wir eine allgemeine Ordnung anstreben - darunter verstehe ich den eigentlichen Bereich der Politik -, die keine Schicht und keine Gruppe mehr benachteiligt. Das ist der Durchbruch zu einer grundsätzlich anderen Handhabung der Macht im Staat, als es bis heute noch und wahrscheinlich noch eine ganze Weile in diesem Ringen der Fall sein wird."

Dies ist natürlich die Stelle, wo Zyniker sagen, das Programm zielt auf den Schlitz der Wahlurne, und Böswillige, das Programm sei lediglich Tarnung, nach einem Wahlsieg werde die SPD ihr Schafsfell abwerfen und der böse marxistische Wolf zum Vorschein kommen. Nun, diese Leute mögen sicher von machiavellistischer Politik und Wahlpropaganda viel verstehen, kaum aber etwas von der Geschichte und Organisation der SPD. Diese ist ja keine Partei der Nachkriegszeit, die je nach Laune und Votum der Meinungsbefragter Änderung des Parteianamens und der Parteiziele überlegt; sie ist eine fast hundertjährige Partei mit einem (oft zu) starken Be-

harrungsvermögen und einer demokratischen Organisation bis in die letzte Ortsgruppe hinein. Wer den Parteitag beobachtet, die etwa dreihundert gedruckten Abänderungsanträge der verschiedensten Orts- und Bezirksgruppen überfliegen, die Beratungen erlebt hat, die sich nur mit denen einer verfassungsgebenden Versammlung vergleichen lassen, der weiß, daß hier nicht nach einer gewonnenen Wahl: "Das Ganze kehrt!" geblasen werden kann.

Die Menschen sind anders geworden. Den Proletarier, den klassebewußten Arbeiter aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg gibt es nicht mehr. Wir stimmen in den Jubel über den Wandel im Typ des Arbeiters nicht ein. Aber man muß ihn in Rechnung stellen. Aus dem selbstbewußten Proletarier ist vielfach der moderne Konsumsteigerungs-Konformist geworden, dem der nichtsnutzigste Typ kapitalistischer Mentalität - der Film- und Schlagerstar - in Gehabe und Aussehen Vorbild ist. Hier reformierend, bewußtseinsbildend zu wirken, ist gewiß eine große Aufgabe. Das wird auch von der SPD gesehen, aber es kann nicht erste Aufgabe einer politischen Partei sein. Das Zeitalter der Massenbewegungen - im Guten und Schlechten - ist vorbei. Der moderne Mensch, wenigstens hier im Westen, wird politisch nicht mehr zutgerissen, er ist, wie schon seit langem im religiösen Bereich, so auch jetzt politisch säkularisiert. Bewußtseinsbildung des modernen Menschen - sofern sie nicht die Pseudowirkung der Reklame betrifft - kann nur noch im kleinen Kreis erfolgen, kann nur durch den einzelnen geschehen. Da somit die Parteien nicht mehr Eräger einer Bewegung sein können, muß ihr Schwerpunkt im praktischen politischen Auftrag liegen. So steht als Erkenntnis über dem SPD-Parteiprogramm und über dem Parteitag: Weg vom Sozialismus als Weltanschauung, als Wirtschaftsideo-logie, als Umschreibung für Pazifismus und dergleichen - und hin zu einer nüchternen sozialistischen Konzeption für die Erlangung der Regierungsgewalt im Staate.

Wenn hier der Schritt der SPD als richtig angesehen wird, so darf aber nicht zugleich begeisterte Zustimmung erwartet werden. Unsere Sympathie haben die Delegierten, die das Programm als "Allerweltsprogramm", für jede Partei passend, als weit rechts vom verflorenen Ahlener Programm der CDU bezeichneten. Aber die Politik ist keine Sache der Sympathie und Antipathie, der schönen Gefühle und Bewegungen; sie ist eine Sache der Vernunft und der harten Notwendigkeit. Hier zeigt auch die Partei politisches Format, die ihren Mitgliedern keine goldenen Berge verspricht, sondern in erster Linie von ihnen Opfer erwartet. Fürwahr ist die Annahme dieses Programms, in dem der Arbeiter als einer unter vielen behandelt wird, ein großes Opfer für die Mitglieder einer Partei, die zu neunzig Prozent aus dem Arbeiterstande stammen.

Übersehen wir auch nicht die Gefahr, die in der Neuausrichtung liegt: daß die Partei den sozialen Impuls verliert; eine Gefahr, der die Sozialisten in Frankreich zu gutem Teil erlegen sind. Es darf nicht der entscheidende Gesichtspunkt für die SPD sein, ihre Basis zu verbreitern, mehr Wähler zu gewinnen, sondern schlagkräftiger zu werden zur Verwirklichung ihres politischen Gesamtkonzepts. Der Prüfstein für Gegner und Freunde innerhalb und außerhalb der SPD wird sein, inwieweit und mit welchen Mitteln es ihr gelingt, die Macht der Großwirtschaft zu bändigen, die Macht jener Männer, von denen es im Programm zu recht heißt: sie gewinnen "einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt". Diese Machthaber an die Kette zu legen, wird sehr schwer sein.